

# «Erhöhung des Staatsbeitrages an die AHV zielt in falsche Richtung»

**AHV-Reform** Elfried Hasler hält wenig von der Idee des scheidenden VU-Präsidenten, den AHV-Staatsbeitrag massiv zu erhöhen und damit heimische Steuermillionen ins Ausland zu liefern. Das sei unseriös, kritisiert der Präsident der FDP.



«Wer das Loch im Staatshaushalt um zusätzliche 10 Millionen Franken jährlich vergrössern will, muss auch sagen, wie der Staat diese zusätzliche Lücke konkret füllen soll. Alles andere ist unseriös», betont FDP-Präsident Elfried Hasler.  
(Foto: Nils Vollmar)

von MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Nach Aussagen des VU-Parteipräsidenten ist eine Streichung der 13. AHV-Rente mit der VU nicht zu machen. Kommt eine Streichung der 13. Rente für Sie denn infrage?

Elfried Hasler: Nein, von einer Streichung ist aber auch überhaupt nicht die Rede. Die Regierung schlägt eine graduelle Tilgung der 13. AHV-Rente über die Teuerung vor. Konkret heisst das, dass die Jahresrente eine Zeit lang auf den Franken genau auf dem gleichen Stand eingefroren und nicht etwa reduziert wird. Ein doch wesentlicher Unterschied, der dazu führt, dass gerade die ältere Rentnergeneration von dieser vorgeschlagenen Massnahme kaum mehr betroffen wäre. Betroffen wären vor allem die zukünftigen Rentner. Aus meiner Sicht ein moderater und vernünftiger Vorschlag.

Es wird oft argumentiert, dass die Auszahlung der Jahresrente in 13 statt der vorgeschlagenen 12 Monatsraten einem Bedürfnis entspreche, auch wenn das frankenmässig keinen Unterschied mache.

Ja, diesen Einwand habe ich auch schon öfter gehört. Meines Wissens prüft die Regierung gegenwärtig, ob die Auszahlung nicht doch weiterhin in 13 Renten erfolgen könnte. Ich würde dies auch begrüssen.

Das würde dann bedeuten, dass die Rentenhöhe und die Anzahl von 13 Renten gegenüber heute unverändert blieben. Wo bleibt denn da der Entlastungseffekt für die AHV? Die Entlastung für die AHV ergibt sich daraus, dass die Renten für eine beschränkte Zeit nicht mehr um die Teuerung erhöht würden. Und zwar so lange, bis die 13. Rente kompensiert ist. Das dürfte bei den aktuell ausserordentlich tiefen Teuerungsraten viele Jahre dauern und auf absehbare Zeit die Kaufkraft der Renten nur wenig beeinflussen. Dennoch, auf lange Frist und angesichts des deutlich steigenden Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung führt das langfristig doch zu ei-

ner spürbaren Entlastung der AHV. Das ist eine aus einer ganzen Reihe von Massnahmen, die die Regierung vorschlägt. Und darum geht es auch: Um die langfristige Sicherung der AHV und die Verteilung der Lasten auf alle Schultern.

VU-Präsident Büchel schlägt nun aber vor, bezüglich Renten doch alles beim Alten zu lassen. Dafür soll der Staatsbeitrag an die AHV gegenüber dem Regierungsvorschlag um 10 Millionen auf 30 Millionen Franken jährlich erhöht werden. Darüber hinaus soll auch noch ein verstärkter Abbau des AHV-Vermögens in Kauf genommen werden. Wie stellen Sie sich zu diesem Vorschlag?

Bewusst einen noch stärkeren Abbau des AHV-Vermögens in Kauf zu nehmen, heisst nichts anderes, als die heutigen Probleme auf die künftigen Generationen abzuwälzen. Nach dem Motto «Nach mir die Sintflut». Nur um kurzfristig keine Wähler zu vergraulen, auf Zeit und Hoffnung zu setzen, kann doch nun wirklich nicht die Lösung sein. Das hat doch auch schon bei der staatlichen Pensionskasse nicht funktioniert, daraus sollten wir nun wirklich gelernt haben.

Auch die vorgeschlagene weitere Erhöhung des Staatsbeitrages an die AHV zielt meines Erachtens in die komplett falsche Richtung. Diese zusätzlichen 10 Millionen Franken fallen ja wohl kaum vom Himmel. Es sollte doch mittlerweile jedem bekannt sein, dass der Staatshaushalt defizitär ist. Wer also das Loch im Staatshaushalt um zusätzliche 10 Millionen Franken jährlich vergrössern will, muss auch sagen, wie der Staat diese zusätzliche Lücke konkret füllen soll. Alles andere ist unseriös. Diesbezüglich schweigt sich der VU-Parteipräsident aber aus.

Sie haben in einer ersten Reaktion noch weitere gravierende Nachteile am VU-Vorschlag kritisiert.

Die Erhöhung des Staatbeitrages an die AHV hat noch einen weiteren grossen Nachteil. Bereits heute fliesst schon ein Drittel der AHV-Renten an Rentner im Ausland. Da-

mit fliesst auch ein Drittel des Staatsbeitrages ins Ausland, Tendenz steigend. Höherer Staatsbeitrag heisst daher auch höherer Export von Steuergeldern ins Ausland. Gelder, die zudem unserer Wirtschaft gänzlich verloren gehen und bei uns auch keinerlei Steuern mehr generieren. Ein gegenüber dem Regierungsvorschlag weiter erhöhter Staatsbeitrag, wie von der VU vorgeschlagen, kann daher nicht die Lösung sein.

Wie könnte eine alternative Lösung zum Regierungsvorschlag in Ihren Augen denn aussehen?

Wenn schon, dann müsste sogar über das Gegenteil nachgedacht werden. Nämlich den Staatsbeitrag ganz zu streichen. Der damit verbundene Rentenrückgang für die in- und ausländischen Rentner könnte dann über eine andere Massnahme für inländische Rentner kompensiert werden. So könnte beispielsweise die AHV-Rente aller Rentner derart gekürzt werden, dass kein Staatsbeitrag mehr nötig ist. Auf der anderen Seite könnte man für Rentner beispielsweise die Krankenkassenprämien sogar um einen etwas höheren Betrag pro Monat senken. Da auf diese Weise kein Export von Steuergeldern mehr erfolgt, könnte der Staat auf diese Weise hohe Millonenbeiträge einsparen und die inländischen Rentner würden unter dem Strich sogar noch profitieren. Ich bin mir völlig bewusst, dass solche Änderungen auch auf europarechtliche Kompatibilität geprüft werden müssten und der Teufel ja bekanntlich im Detail steckt. Da gäbe es sicher noch einiges abzuklären. Ich denke aber, wir sollten den Mut haben und auch unkonventionelle Lösungsansätze in Betracht ziehen.»

«Wir sollten den Mut haben und auch unkonventionelle Lösungsansätze in Betracht ziehen.»

Ich bin mir völlig bewusst, dass solche Änderungen auch auf europarechtliche Kompatibilität geprüft werden müssten und der Teufel ja bekanntlich im Detail steckt. Da gäbe es sicher noch einiges abzuklären. Ich denke aber, wir sollten den Mut haben und auch unkonventionelle Lösungsansätze in Betracht ziehen.

Könnte das aber nicht dazu führen, dass Liechtenstein für Grenzgänger weniger attraktiv wird?

Kaum. Die liechtensteinische AHV bliebe auch so attraktiv. Im Vergleich zur Schweizer AHV wären unsere Beitragssätze auch künftig tiefer und beispielsweise die Ehepaarenten wären bei uns weiterhin deutlich höher. Dazu kommt, dass andere Sozialleistungen, wie etwa

das Kindergeld, bei uns spürbar höher sind als in der Schweiz. Auch die Übernahme der halben Krankenkassenprämie durch den Arbeitgeber kennt man in der Schweiz nicht. Nicht zuletzt ist das Lohnniveau in Liechtenstein absolut konkurrenzfähig mit dem angrenzenden Ausland.

Könnte man Liechtenstein aber nicht vorwerfen, auf diese Weise nur auf die eigene Bevölkerung zu schauen und Ausländer zu benachteiligen?

Nun, Deutschland macht Ähnliches mit der Autobahnmaut für Ausländer: gerade vor. Auch die Schweiz wäscht sich selbst bei den Verhandlungen bezüglich Quellensteuer für Grenzgänger am nächsten. Zudem ist Liechtenstein mit dem sehr hohen Anteil an Grenzgängern in einer besonderen Situation. In kaum einem anderen Land werden Steuergelder in die sehr hohen Ausmass über Renten ins Ausland exportiert. Da muss schon die Frage erlaubt sein, ob wir uns da angesichts des defizitären Staatshaushalts auf Dauer noch leisten können. Eine Quersubventionierung von exportierten Renten aus dem inländischen Steuertopf ist in diesem Ausmass jedenfalls alles andere als fair. Damit zielte von der VU geforderte Erhöhung des Staatsbeitrages gegen über dem Regierungsvorschlag um 10 Millionen Franken jährlich für mich auch in die falsche Richtung.

Wie schätzen Sie generell die politische Umsetzbarkeit dieser AHV-Reform ein?

Nun, zuerst muss natürlich einmal die definitive Gesetzesvorlage der Regierung abgewartet werden. Bis her bewegt sich die Diskussion ers auf Ebene der Vernehmlassung. Insgesamt zielt diese aber für mich in die richtige Richtung und sollte auch mehrheitsfähig sein. Angesichts der Tatsache, dass das nächste Jahr in Zeichen des Wahlkampfes stehen wird, ist aber leider auch nicht auszuschliessen, dass das Thema in diesem Jahr schon verpolitisiert wird. Ich hoffe, alle Parteien sind sich ihrer Verantwortung bewusst und lassen es nicht dazu kommen.